

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866**

21.4.1866 (No. 94)

# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 21. April.

N. 94.

Vorabbezahlung halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.  
Einkaufsgebühr: die gepaltene Petition oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

## Badischer Landtag.

Karlsruhe, 20. Apr. 27. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Ministeriums des Innern, Staatsrath Dr. Lamey; der Präsident des Kriegsministeriums, Generalleutnant Ludwig; Geh. Rath Dr. Brauer; Oberst Götz, und Ministerialrath Winter.

Der Präsident eröffnet die Sitzung; das Sekretariat zeigt die eingekommenen Petitionen an.

Der Tagesordnung gemäß wird zur Verathung des vom Abg. Knies erstatteten Berichts über Abänderung des Konstitutionsgesetzes in Bezug auf das Einflandswesen geschritten.

Der Berichterstatter bespricht kurz die bereits mitgetheilten Anträge der Abgg. Knies, Schaaff, Kirsner und v. Roggenbach, und theilt hierauf den Schlussantrag der Kommission mit, wonach der § 47 des Konstitutionsgesetzes in der Fassung des Kommissionsberichts aufrecht erhalten bleibt.

Kriegspräsident Ludwig spricht die Zustimmung der Regierung aus.

Abg. Kirschner gibt in kleinen Umrissen eine Schilderung des französischen Dotationsgesetzes, nicht um ein Muster, sondern bloß um einen Probirstein zu bieten. Der Zweck desselben sei ebenfalls die Entlastung des Pflüchtigen. Die zu entrichtende Care werde jährlich auf Vorschlag einer Aufsichtskommission festgesetzt. Sei keine genügende Anzahl alter Soldaten, die einsehen, vorhanden, so finde eine Art Werbung von Freiwilligen statt durch Auflage von Listen. Die Dotationskasse ergebe beträchtliche Ueberschüsse, mit denen nicht unbedeutende Pensionen bestritten werden.

Abg. Moll bringt einen neuen, ausgedehnten Antrag ein, der sich von dem v. Roggenbach'schen dadurch unterscheidet, daß die Festsetzung der Vertretungssumme jährlich durch Verordnung geschieht.

Abg. Haager trägt auf Annahme des Kommissionsvorschlags an, als des einfachsten und korrektesten.

Abg. Kirsner stimmt deswegen nicht für den Kommissionsantrag, weil derselbe zu viel Vertrauen in die Regierung setze; die jetzige bleibe nicht immer. Auf dem von ihm gestellten Antrag wolle er nicht beharren und stimme jenem des Abg. Knies bei in der Fassung, wie sie heute formulirt werde.

Abg. v. Roggenbach dankt dem Abg. Kirschner für seine Mittheilungen, verteidigt nochmals seinen Antrag, und bemerkt, daß er denselben zu Gunsten des Moll'schen Antrages zurückziehen würde, wenn dieser nicht an die Kommission verwiesen werden müßte.

Abg. Knies entwickelt die Ansichten der Kommission und kann mit dem Abg. Haager nicht übereinstimmen.

Abg. Kufel will, daß man die Kommission um zwei Mitglieder verstärke und die neuen Anträge an dieselbe verweise. Wird nicht angenommen.

Abg. v. Roggenbach nimmt den Knies'schen Antrag als Zusatz in den seinigen auf.

Abg. Paravicini befürwortet den Kommissionsvorschlag.

Staatsrath Dr. Lamey weist die gemachten Einwendungen als grundlos nach. Prinzip dieses Gesetzes sei nicht, daß man Geld haben wolle; das Kriegsministerium behalte es auch nicht für sich, sondern verausgabe es an Diejenigen,

die durch Vermögenslosigkeit genöthigt sind, ihre Dienstpflicht selbst zu leisten. Die Beseitigung des Mißstandes, daß die Unteroffiziere, von deren Tüchtigkeit der Bestand unseres Heeres mitbedingt sei, keine Einstände finden, sei Sache der Gerechtigkeit. Der Antrag vom Abg. v. Roggenbach sei nicht annehmbar, weil er der Regierung bloß eine Last auflege; jener des Abg. Knies aber sei nur eine Ergänzung des Gesetzes aus Zweckmäßigkeitsrücksichten.

Kriegspräsident Ludwig schließt sich dieser Ausführung an. Abg. Turban wird für den Knies'schen Antrag stimmen, weil zwischen den Zeilen des Kommissionsvorschlags ein provisorisches Gesetz zu lesen sei.

Abg. Kirsner unterstützt nochmals den Knies'schen Antrag. Ministerialrath Winter hebt die Mißstände hervor, die durch Aufnahme des Knies'schen Zusatzes in das Gesetz herbeigeführt würden.

Abg. Prestinari: Die Anträge von v. Roggenbach und Moll fallen mit der Verwerfung des Gesetzes zusammen; gehe der Knies'sche Vorschlag nicht durch, so stimme er für den der Kommission.

Abg. v. Roggenbach führt als Grundgedanke seines Antrags mögliche Gerechtigkeit und Ausschließung jedes Zwanges an.

Abg. Moll empfiehlt in einer ausführlichen Auseinandersetzung seinen Antrag.

Abg. Kirschner: Leider habe Abg. Kirsner seinen Antrag zurückgezogen; er hätte ihm beigestimmt. Nach dem Knies'schen Antrag seien die Familien gerade in den schwierigsten Fällen von der Regierung verlassen. Es könne ja der Kommissionsantrag mit dem Knies'schen vereinigt werden.

Abg. Fröhlich: Gerechtigkeit und Billigkeit lassen ihn nur für die Anträge von v. Roggenbach oder Moll sprechen; gehe ein anderer Vorschlag durch, werde er gegen das Gesetz stimmen.

Abg. Dufacher geht auf den Knies'schen Antrag ein mit dem Zusatzantrag, daß das Kriegsministerium in diesen Fällen Einstände um eine höhere Summe vermitteln dürfe, und hierauf fänden dann die nachfolgenden Bestimmungen dieses Gesetzes Anwendung.

Abg. Knies wünscht, daß Abg. Kirsner seinen Antrag aufrecht erhalte, und alle Diejenigen, welche für denselben gestimmt hätten, sollen sich der Zustimmung zu dem seinigen enthalten.

Abg. Kirsner scheidet in dem Vorschlag von Knies und Dufacher Alles, was in dem seinigen enthalten, und entspricht daher dem Wunsche nicht.

Staatsrath Dr. Lamey macht mit schlagenden Beweisgründen darauf aufmerksam, welch großer Verwaltungsfehler die Annahme des Moll'schen Antrages wäre, der vom Prinzip einer Ersparniß ausgehe. Finde ein solcher Antrag Zustimmung der Kammer, so könne die Regierung nur das ganze Gesetz fallen lassen.

Der Antrag des Abg. Knies wird mit 30 und der des Abg. Dufacher mit 28 Stimmen angenommen, die übrigen werden abgelehnt.

Schluß der Sitzung 1 1/2 Uhr.

Karlsruhe, 20. Apr. Auf Verlangen erwähnen wir den Einlauf nachstehender 2 Petitionen, die in der vorletzten Sitzung als vom Abg. Krausmann übergeben angezeigt wurden:

- 1) eine Petition der Wirthe der Stadt Rastatt, den Verkauf von Wein im Kleinen betr.;
- 2) eine bezügliche der Wirthe des Amtsbezirks Rastatt in gleichem Betreff.

## Deutschland.

Frankfurt, 19. Apr. (Fr. P.-Bl.) In der gestrigen Sitzung der Gesetzgeb. Versammlung wurde von dem Präsidenten die den Erlass des neuen Wahlgesetzes sammt Wahlordnung betreffende Rückäußerung des Senats verlesen. Der Senat stimmt bekanntlich den letzten Beschlüssen der Versammlung vom 23. Febr. d. J. in Betreff der Wahlordnung überall bei. Der Entwurf soll, nachdem das organische Wahlgesetz durch die Abstimmung der Bürgerschaft sanctionirt worden, sofort als Gesetz publizirt werden, wodurch dann die langwierige und schmerzvolle Wahlgesetz-Angelegenheit ihre endliche Erledigung finden wird. Dem Protokollauszug des Senats lag der Bericht seiner Kommission über die beiderseitigen Differenzpunkte bei, aus welchen zu entnehmen ist, daß außer der Frage über die Zahl der Wahlbezirke der Senat den anderen Streitpunkten keine Bedeutung beigelegt hat. In Folge dieser Senatsrückäußerung wählte die Gesetzgeb. Versammlung aus ihrer Mitte drei Delegirte, welche mit der gleichen Zahl aus dem Senate und der ständigen Bürgerrepräsentation die vorgeschriebene Kommission zur Beaufsichtigung und Leitung der Abstimmung der Bürgerschaft über das organische Wahlgesetz bilden werden.

Stuttgart, 18. Apr. Der „Staatsanzeiger“ bringt heute eine lange Reihe von militärischen Erneuerungen und Beförderungen. — Der „Sch. M.“ schreibt: So viel früher schon bekannt wurde, hat das k. Kriegsministerium bei dem Komitee der hiesigen Jugendwehr sich in Betreff der etwaigen Verwerfung der Mitglieder der Jugendwehr für den Kriegsdienst erkundigt. Die Antwort der Organe der Jugendwehr, welche am 10. d. ertheilt wurde, war etwa folgende:

Komitee und Gesamtausschuß der Jugendwehr, welche in der durch Hrn. Hauptmann v. Seisberg ihnen mitgetheilten Anfrage des Hrn. Kriegsministers eine ehrende Anerkennung der militärischen Brauchbarkeit des Korps ersehen, vermögen zwar in Rücksicht auf die für jetzt noch zu wenig geklärte politische Lage des Vaterlandes keinen allgemeinen Aufruf an die früheren und jetzigen Mitglieder der Jugendwehr zur Vetheiligung an einem etwa bevorstehenden Kampfe zu erlassen, sprechen sich jedoch dahin aus, daß die Jugendwehr im Allgemeinen hierzu geneigt sei, und daß, wenn das k. Kriegsministerium junge Männer, welche sich etwa zu Führern eignen, namentlich aus der Jugendwehr, zum freiwilligen Eintritt in das Heer aufforderte, ohne Zweifel sehr Viele von ihnen diesem Rufe folgen würden.

München, 17. Apr. (Sch. M.) Der Lokalpresse zufolge nehmen die Pferdeeinkäufe für unsere Kavallerie, wenn auch im Ganzen etwas reaktiv, ihren regelmäßigen Verlauf. Am Samstag sind zahlreiche Käufe abgeschlossen worden. Auch für Rechnung Württembergs wurden von mehreren Händlern gegen 100 Pferde hier angekauft und sofort per Eisenbahn weiter transportirt. — Nach Haber war am Samstag auf der hiesigen Schranne so große Nachfrage, daß sehr schnell 3438 Scheffel abgesetzt wurden. — Aus den Reihen der Unmontirt-Assentirten glaubt man im Fall einer Mobilmachung die Lücken in den Offiziers- und Unteroffiziers-

## # Die musikalische Osterwoche in Karlsruhe.

(Fortsetzung aus Nr. 93.)

Wir gehen noch weiter, und behaupten, daß die letzte Symphonie durchaus nicht die erste Programm-Symphonie Beethovens war, sondern daß die 3. 5. und 6. ihre Vorläufer sind; daß (anlehnend an Lenz' geistreiche Interpretation) die „Crotica“ den Helden in der Weltgeschichte; die C-moll den Helden im Menschen (den See-Kampfe des Individuums); die Pastorale die Natur im Lichte des Menschengeistes; und die Neunte die weltbewegenden Ideen der ganzen Menschheit schildert, eine Verbindung aller vorausgegangenen Vorstellungen zur Erreichung eines höchsten Zieles. Im letzten Satz „triumphirt“ alle Kreatur eines Planeten in ein neues Jahrhundert hinein (Griepke'scher); „Jubelnd“ schließen wir am Schluß die Welt an unsere Brust: „Vot gab den Menschen die Erde, um glücklich darauf zu sein.“ (W. Wagner.)

Wir könnten noch manchen Interpreten hier zitiren (vorunter Verlioz nicht zu vergessen wäre), dessen geistreiche Schlaglichter zur Erhellung des Nebelgewölbes dienen dürften, welches über Idee und Konsequenzen der Chor-Symphonie von Zeitgenossen verbreitet worden ist. Das Bedürfnis nach Aufklärung hat man von jeher gefühlt; der Gedankengang Aller dahin strebend ist auch ein in den Grundzügen übereinstimmender; über das Detail läßt sich natürlicher Weise streiten, weil Niemand behaupten kann, daß er das allein Richtige getroffen habe. Unter allen poetischen Programmen scheint uns aber das von Richard Wagner das gelungenste, welches in den drei ersten Sätzen allgemeine Grundzüge der Faustsage in ihren verschiedenen Phasen wiederfindet, und daher mit Hilfe Goethe'scher Worte die „bedeutungsvolle Lösung einer an sich unerreichbaren Aufgabe“ versucht. (Vergl. Hopyll, das Karlsruher Musikfest im October 1863.) Doch ist dies keineswegs so aufzufassen, als stelle Beethoven's Werk im unmittelbaren Zusammenhang mit Goethe's

Werk; der Faustbegriff ist hier nur als ein das Streben und Leiden der Menschheit im Allgemeinen symbolisirender aufgefaßt, wodurch sich ungeachtet gemeinsamer Gesichtspunkte zwischen der Goethe'schen und Beethoven'schen Grundidee ergeben:

„Wer immer strebend sich bemüht,  
Den können wir erlösen!“

Der beste Kommentar eines so vielstidigen und tief sinnigen Wertes ist aber immer seine ästhetische Aufführung. Alles Schreiben und Erklären hilft nichts, wenn man nicht auch Gelegenheit zum Hören guter, normaler Aufführungen erhält; und da kein Mensch im Ernste wird behaupten wollen, daß er dieses Mieswerk nach einmaligem Hören schon verstanden habe, so muß jede Gelegenheit, es wieder zu hören, höchst willkommen sein. Es liegt eine tiefe Wahrheit in der Goethe'schen Maxime: „Musik im besten Sinne bedarf weniger der Neuheit; ja vielmehr je älter sie ist, je gewohnter man sie ist, desto mehr wirkt sie.“ Hieraus erklärt sich auch die große Popularität vieler alten Kunstwerke, selbst von weniger bedeutendem Gehalt, gegenüber der oft schwer zu fassenden Unpopularität weit größerer Werke von jüngerem Datum, deren größter, glücklicher Weise täglich sich vermindernder Fehler — ihre Neuheit ist! Und in diesem Sinne ist auch die Neunte Symphonie noch sehr neu; denn man kann die Orte, wo sie zur Aufführung kam, und die Gelegenheiten, bei denen dies geschah, in der That noch übersehen, was bei anderen Beethoven'schen Symphonien zc. eine Unmöglichkeit wäre. Der Hauptgrund dafür ist darin zu suchen, daß leider die Schwierigkeit des Verständnisses mit der, der Ausführung hier (wie fast immer bei musikalischen Werken) Hand in Hand geht. Die Neunte verlangt vor Allem ein nicht nur vollkommen harmonisch gebildetes und sorgfältig äquibrierendes, sondern auch intelligentes Orchester, mit geistiger Spannkraft und technischer Virtuosität; sie verlangt einen eben solchen Chor, stellt die höchsten Anforderungen an die Solosänger und bedarf schließlich eines normalen Dirigenten, der mit dem erforderlichen Selbstvertrauen

eine förmlich selbstschöpferische Potenz verbinden muß, wenn er nicht schon in dem rein Formalen, Außerlichen seiner schwierigen Aufgabe stecken bleiben will. Denn ganz abgesehen von zahllosen Details, deren klare Herausarbeitung und Durchbildung seine großen Schwierigkeiten hat, sind wir ja mit der Neunte noch nicht einmal so weit gekommen, daß nur die Auffassung im Ganzen und die daraus hervorgehende Schwingung der Hauptmassen einigermaßen festgelegt wäre. Fast jeder Dirigent nimmt gewisse Tempos verschoben; über den ersten Satz bestehen vielleicht die größten Differenzen; Mendelssohn z. B. nahm ihn entschieden viel zu rasch, und Schumann sagte darüber ebenso bescheiden als schlagend: „So muß ich denn diese Erfahrung zu meiner merkwürdigsten musikalischen zählen“, und mit einiger Trauer, „wie schon allein über das äußere Erscheinen des Höchsten ein Meinungsstreupall entstehen kann.“ (Schluß folgt.)

München, 14. Apr. Direktor Krelling in Nürnberg, der bekanntlich einen Ruf an die Akademie in Berlin bekommen hat, bleibt nun wieder unserm Land erhalten, da das Ministerium auf alle seine Forderungen bereitwillig eingegangen ist.

Als bezeichnend für das moderne Frankreich lesen wir im „Constitutionnel“ vom 18. Apr.: „La biche du bois (die bekannte Schaustellung von Nachtheilen) erreicht heute ein Jahr ihrer Bühnenwirkung und hat 2 Millionen Einnahmen gebracht.“

Der Strom der Auswanderung aus Europa nach Amerika ist seit vorigem Jahr wieder stark gestiegen. Amerikanischen Mittheilungen zufolge langten in New-York im ersten Viertel des laufenden Jahres 31,673 Auswanderer an; im vorigen Jahr kamen in derselben Zeit nur 13,966.

stellen ausfüllen zu können. — Gestern kam vor dem hiesigen Stadtgericht die Anklage gegen den artistischen Direktor des Volkstheaters, Engelken, wegen Vorsführung verunglimpfter Behandlung bayrischer Gendarmen in der Posse „Krethi und Plethi“ zur Verhandlung. Der Angeklagte wurde mangelnden Beweises halber freigesprochen, dagegen wegen Uebertretung der polizeilichen Vorschrift, alle neuen Einlagen vorzulegen, zu 3 fl. Geldstrafe und in die Kosten verurtheilt. Sowohl er als der Staatsanwalt haben den Rekurs ergriffen. — Die diesjährige Salvatorfaisson ist am Sonntag zu Ende gegangen. Im Zacherl-Keller am Nothberg allein wurden innerhalb 14 Tagen nicht weniger als 1015 Eimer Salvatorbier ausgeschenkt. — Hier hat sich eine Aktiengesellschaft zur Errichtung einer Dampf-Waschanstalt gebildet.

**München, 18. Apr.** Die „Bayerische Ztg.“ schreibt offiziell:

Ueber den Stand der die öffentliche Aufmerksamkeit in so hohem Grade in Anspruch nehmenden Tagesfragen gehen täglich die verschiedenartigsten und zum Theil sehr wenig begründeten Nachrichten durch die Blätter. Insbesondere gilt dies auch bezüglich der Stellung, welche die deutschen Regierungen, und namentlich die bayrische, zu dem preussischen Bundesreform-Antrag einnehmen sollen. Da es unmöglich ist, allen diesen Nachrichten mit eingehenden Berichtigungen entgegenzutreten, glauben wir nur im Allgemeinen dem Publikum zu einer vorsichtigen Aufnahme derselben, und besonders auch der letzten Wiener Nachrichten über die Stellung Bayerns zu dem Reformantrag, rathe zu sollen. Die bayrische Regierung ist, wie wir schon leghin erwähnt haben, bereit, die von der k. preussischen Regierung hinsichtlich der Reform der Bundesverfassung zu machenden Vorschläge der sorgfältigsten Prüfung zu unterstellen. Aber über das Materielle der Frage hat sie schon aus dem Grunde sich nach keiner Seite bisher zu äußern vermocht, weil ihr die betreffenden preussischen Vorschläge zur Zeit noch nicht bekannt sind.

**Weimar, 16. Apr.** Das „Regierungsblatt“ enthält eine Ministerialbekanntmachung, betr. das Verbot der Ausfuhr von Pferden nach Maßgabe des Verbots der preussischen Regierung.

**Hannover, 18. Apr.** Die allgemeine Ständeversammlung ist heute wieder zusammengetreten. Die angeknüpften Regierungsvorhaben werden hauptsächlich bestehen in: Bau einer Eisenbahn von Nienwischens nach Jhrhove, Genehmigung zur Ueberführung der Bahn Bielefeld-Kreieren über die hannoversche Südbahn, eventuell Bau einer Eisenbahn von Goslar nach Hildesheim, Preßgesetz, Reform der Gewerbeordnung, und Ordnung der deutschen Maß- und Gewichtsverhältnisse. Ein königl. Schreiben kündigte die Zurücknahme der Novelle zum Wahlgesetz an.

**Altona, 14. Apr.** (Schlesw.-Holst. Ztg.) In der heutigen Sitzung der Altona-Kieler Eisenbahn-Gesellschaft haben die seit lange schon schwebenden Verhandlungen wegen Uebernahme des Betriebs auf den schleswig'schen Bahnen durch die Altona-Kieler Gesellschaft einen Abschluß erhalten. Bereits im August 1865 wurde zwischen der schleswig'schen Eisenbahn-Aktiengesellschaft und der Altona-Kieler Eisenbahn-Gesellschaft dieser Vertrag geschlossen, allein derselbe bedurfte noch der Genehmigung der Regierung, welche Genehmigung nach längeren Verhandlungen der schleswig'schen Eisenbahn-Aktiengesellschaft mit der Regierung durch Ertheilung einer Resolution des Gouverneurs des Herzogthums Schleswig vom 24. März d. J. erfolgt ist.

**Kiel, 18. Apr.** Das holsteinische „Verordnungsblatt“ theilt eine Regierungs-Bekanntmachung mit, welche Hr. Hansen aus Pinneberg die Erlaubnis ertheilt, behufs des Nord-Ostsee-Kanals auf der Linie St.-Margarethen-Edernförde nochmals technische Untersuchungen anzustellen.

**Berlin, 18. Apr.** Die „Provinzial-Korrespondenz“ knüpft an die gestern von dem Hrn. v. Werther in Wien überreichte preussische Antwort vom 15. d. M. folgende (telegraphisch bereits erwähnte) Bemerkungen:

Mit dieser preussischen Antwort wird der Schriftsteller über die Ränkungen wohl für's erste beruhigt sein. Oesterreich würde der Sache des Friedens neue Bürgerkriegen nur dadurch gehn können, daß es seine Verhältnisse durch einen ersten thatsächlichen Schritt bewähre. Die früher angekündigte Absicht, die Dazwischenkunft des Deutschen Bundes anzurufen, wird von Oesterreich schwerlich ausgeführt werden, da ein solches Vorgehen voraussichtlich ganz erfolglos bleiben würde. Der Deutsche Bund hat es jetzt allerdings in der Hand, auf Beilegung der oberschwebenden Differenzen seinerseits einen Einfluß zu üben, — nämlich durch ein aufrichtiges und entschiedenes Eingehen auf den preussischen Antrag in Betreff der Bundesreform. In wie weit dies zu erwarten ist, wird sich in kurzem zeigen müssen. Vorläufig scheint man anzunehmen, daß die Bemühungen einzelner mittelständischen Politiker sich als eitel erweisen werden, daß vielmehr die Mehrzahl der Regierungen sich für die Vorbereitung des Antrags in einer besondern Kommission erklären werde. Die Behauptung, daß es der preussischen Regierung selbst mit ihrem Antrag nicht voller Ernst sei, dürfte durch das weitere Verhalten und Auftreten derselben nach allen Seiten hin die klarste und wirksamste Widerlegung finden.

Das halboffizielle Blatt enthält ferner einen Artikel, der unter der Ueberschrift „Preußen und die Militärverfassung des Deutschen Bundes“ sich die Aufgabe stellt, darzutun, daß der preussische Reformantrag am Bund kein zufälliger Schritt sei, sondern im nothwendigen Zusammenhang mit dem bisherigen Gang der politischen Entwicklung stehe.

Es wird zuerst die Nothwendigkeit einer Aenderung der bisherigen Militärverfassung des Bundes erörtert, welche Preußen seine Pflichten für Deutschland erschwere. Alle Parteien und Regierungen in Preußen hätten diesen Zustand, der unserm Volk die größten Opfer und Leistungen für Deutschland zumuthe, ohne daß die deutschen Staaten jemals zu entsprechenden Gegenleistungen und unerlässlichen Zugeständnissen bereit gewesen wären, für unerträglich erklärt; aber alle Versuche einer Reform der Bundes-Militärverfassung seien vergeblich gewesen. Der letzte Versuch einer Umgestaltung der gesammten Bundesverhältnisse sei abgebrochen worden, als durch den Tod des Königs von Dänemark ein dringender Anlaß zu raschem eingetretenen Hand-

eln für Deutschland einzutreten sei. Um ihre dringende und nationale Aufgabe zu erfüllen, habe die Regierung nicht dem Rath der Fortschrittspartei folgen und sich in langwierige Verhandlungen mit den kleinen Staaten über Verbesserungen der deutschen Militäreinrichtungen einlassen können; sie habe sich deshalb nach Oesterreich gewandt, und der Gemeinschaft beider Mächte sei die über alle Erwartung rasche und vollständige Befreiung Schleswig-Holsteins zu danken. Die Gemeinschaft beider Mächte schien der preussischen Regierung aber auch eine neue Grundlage für eine nationale Politik Deutschlands zu geben, und sie hoffe, daß auch die weitere Lösung der schleswig-holsteinischen Frage nach den Forderungen des preussischen und des damit übereinstimmenden nationalen Interesses erfolgen werde. Diese Hoffnung sei durch die neueste Entwicklung der Dinge leider nicht erfüllt worden; die österreichische Politik scheine vielmehr von neuem zu den alten Ueberlieferungen der Mißgunst und Nebenbuhlerschaft zurückzukehren zu wollen.

Die Schlusssätze, welche gesperrt gedruckt sind, lauten wörtlich:

Von dem Augenblick aber, wo Preußen der Hoffnung entsagen muß, Bürgschaften der Sicherheit und des Heils für Deutschland und den Deutschen Bund in der Gemeinschaft mit Oesterreich zu finden, tritt um so dringender wieder die Nothwendigkeit hervor, die Einrichtungen des Bundes selbst einer Verbesserung entgegenzuführen, durch welche Deutschlands Nachstellung unter den Staaten gewährestet und zugleich Preußen die ausschließliche Last der Vertheidigung und des Schutzes abgenommen werde. Die Verbesserung der deutschen Bundesverfassung überhaupt und besonders der Bundes-Militärverfassung ist eine unabwiesliche Forderung nicht bloß der äußern, sondern auch der innern preussischen Politik. Der langjährige innere Streit in Preußen ist vornehmlich durch die Frage in Betreff der Militärlasten des preussischen Volkes entstanden. Diese Verpflichtungen mußten seit her auch beßhalb gesteigert werden, weil Preußen eben nicht bloß sich selbst, sondern ganz Norddeutschland zu schützen hat. Es ist daher eine Frage von der höchsten Bedeutung für Preußens gesammte Politik, daß endlich durch eine Reform des Deutschen Bundes die Möglichkeit gewonnen werde, eine Ausgleichung der Militärlasten Preußens gegenüber Deutschland und damit eine Ausgleichung des innern Zwiespalts in Preußen zu finden.

**Berlin, 19. Apr.** Die „Nordd. Allg. Ztg.“ sagt:

In verschiedenen Zeitungen finden sich Andeutungen vor, als wenn gegenwärtig Artillerieabtheilungen gegen die sächsische und böhmische Grenze vorgeschoben würden, und wird hieran die Vermuthung geknüpft, daß dies als Einleitung weiterer Truppenkonzentrationen an die Grenze zu betrachten sei. Ist es auch für jeden Unbefangenen an sich einleuchtend, daß man etwaige militärische Operationen nicht durch Vorziehen der Artillerie an die Grenze beginnen würde, so mag doch ausdrücklich konstatiert werden, daß Dispositionsveränderungen bei der Artillerie nur in so weit vorgenommen sind, als es für die Unterhalt der verstärkten Batterien erforderlich war.

Die „Kreuz-Ztg.“ schreibt: „Bekanntlich ist durch Volksabstimmung der Prinz Karl von Hohenzollern-Sigmaringen (Oberleutnant im 2. Garde-Regiment), zweiter Sohn des Fürsten Anton von Hohenzollern (früher Ministerpräsident, jetzt in Düsseldorf Militärgouverneur von Rheinland und Westfalen) zum Fürsten von Rumänien (Moldau und Wallachei) erwählt. Wie wir hören, hat der Prinz, der neulich in Düsseldorf war, dort eine aus zwei vornehmten Rumänen bestehende Deputation empfangen; auch jetzt ist er wieder von Berlin nach Düsseldorf gegangen. Wie man uns aus Paris schreibt, wären Frankreich, Preußen, England und Italien geneigt, dem Prinzen zu unterstützen, falls er die Wahl annähme. — Man schreibt uns noch: Die Vorbereitungen zur Erwählung des Prinzen Karl von Hohenzollern zum Fürsten von Rumänien sind in Bulgarest so geheimnißvoll betrieben, daß hier Niemand eine Ahnung davon hatte. Die Wahl wurde, wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, vorgenommen, ohne daß auch nur eine Anzeige bei Sr. Königl. Hoh. dem Fürsten von Hohenzollern gemacht worden wäre. Ebensovien hatte eine persönliche Bewerbung des Erbprinzen stattgefunden, und von einer Reise desselben zum Zweck seiner eigenen Präsentation in Bulgarest ist niemals die Rede gewesen.“

**Berlin, 19. Apr.** Man telegraphirt der „Köln. Ztg.“: „Wiener Privatnachrichten zufolge wird Oesterreich in der Frage der Transpandislotari KonzeSSIONen machen. — Uebermorgen wird in Frankfurt der preussische Reformantrag wahrscheinlich einem besondern Ausschuss von 9 Mitgliedern zugewiesen werden, dessen Majorität vor der Feststellung eines Termins für Berufung des Parlaments die Vorlage des Reformprogramms und Wahlgesetzes beantragen dürfte.“

Man schreibt demselben Blatt: „Sollte es sich bestätigen, daß wie es den Anschein hat, der Prinz zu Hohenzollern die auf ihn gefällene Wahl nicht annehmen wird, dies also nicht im Einverständnis mit dem Kaiserthum stattgefunden hätte, so müßte man wirklich glauben, daß die Wallachen, den Gothaer Kalender in der Hand, nach und nach alle möglichen Kandidaturen versuchen; und es nimmt sich dabei besonders amüsant aus, daß in jedem Fall Illuminiren und ihren Jubel vor Europa verkünden, bevor sie sich überzeugen, daß der Gegenstand ihrer Wahl etwas davon wissen will.“

**Wien, 18. Apr.** Die letzten Nachrichten aus Konstantinopel sprechen von der bedeutamen Thatsache einer sich vorbereitenden Verständigung zunächst zwischen der Pforte und den Donaufürstenthümern, und zwar in dem Sinn, daß die Pforte, sobald die Summe ihrer süzeränen Rechte keine Schwächerung erleide, der eigenen freien Entschliebung der Fürstenthümer, sei es, daß sich dieselben als ein vereinigttes Rumänien oder als zwei getrennte Hospodarate konstituiren möchten, die Zustimmung der Garanten voraussetzt, von sich aus kein Hinderniß in den Weg legen würde.

**Wien, 19. Apr.** (A. Z.) Die „Wien. Abendpost“ erklärt in Bezug auf die vom gestrigen „Staats-Anzeiger“ für Württemberg gebrachte Mittheilung des österreichischen Kabinetts auf eine Depesche des Grafen Russell: der österreichischen Regierung sei so wenig von der Existenz einer derartigen britischen Depesche bekannt geworden, daß sie keinen Anlaß gehabt haben konnte, auf dieselbe ein Antwort zu ertheilen.

Die vom „Württemberg. Staatsanz.“ veröffentlichte Depesche sei daher vollständig apokryph. (Der „Württemberg. Staatsanz.“ bemerkt hierzu: „Uns kam sie aus so guter Hand zu, daß wir sie für authentisch ansehen zu dürfen glaubten.“)

**Wien, 20. Apr.** (Schw. Mkt.) Den Zeitungen ist Mäßigung im Ton gegen Preußen anempfohlen. — Das Gerücht von Belcredi's Demission erhält sich. — Bis-marc soll in Gms angemeldet sein.

**Innsbruck, 15. Apr.** Die „Generalkorresp.“ schreibt: „Die allerhöchste Entscheidung in Angelegenheiten der Religionsfrage ist so eben erfolgt. Se. Maj. der Kaiser hat nämlich mit der a. h. Entschliebung vom 7. M. dem vom tyrolischen Landtag beschlossenen Gesetze, betr. die Bildung evangelischer Pfarrgemeinden oder Filialen innerhalb der Landesgrenzen der gefürsteten Grafschaft Tirol, die allerhöchste Sanktion ertheilt, und den Inhalt der vom Landtag gleichzeitig beschlossenen, Sr. Maj. vorgelegten Adresse zur höchsten Kenntniß genommen. Das Gesetz lautet dahin, daß die Bildung selbständiger Gemeinden oder Filialen des evangelisch-augsburgischen oder helvetischen Bekenntnisses, von welcher Bildung das Recht der Ausübung des öffentlichen Gottesdienstes abhängt, innerhalb der Landesgrenzen der gefürsteten Grafschaft Tirol von den kompetenten Behörden nur über Einverständnis des Landtags bewilligt werde. In der Adresse wurde die Bitte gestellt, die Gefahr abzuwenden, welche dem Lande droht, wenn die Beschränkung der Befähigung der Nichtkatholiken in Tirol nicht ausgesprochen wird, mit anderen Worten, um die Genöthigung des IV. Artikels des Landtags-Beschlusses vom 25. Febr. 1863, auf welche Beschränkung mit der a. h. Entschliebung vom 17. Nov. 1865 nicht eingegangen wurde. Durch die obige kaiserl. Entschliebung vom 7. M. ist nun die religiöse Frage, die zu so viel Parteihader Anlaß gab, endlich der definitiven Erlebigung zugeführt.“

**Italien.**

\* **Florenz, 18. Apr.** Abgeordneten-Kammer. Torrigiani interpellirt den Finanzminister bezüglich der Baiffe der öffentlichen Fonds. Er fragt, ob es wahr ist, daß die Regierung beabsichtige, den Bankrott des Zwangskurses zu geben. Der Finanzminister Sialoja antwortet, die in Umlauf gesetzten Gerüchte gegen den italienischen Kredit seien das Werk auswärtiger Feinde Italiens oder italienischer Spekulant, die ihres Vaterlandes unwürdig sind. Der Minister läugnet in absoluter Weise, daß die Regierung die Absicht habe, den Bankrott des Zwangskurses zu geben, und erklärt, daß das Bedürfniß für den Monat Juli durch die gewöhnlichen Mittel gesichert ist. Die Regierung werde die Erfinder verleumdender Gerüchte den Artikeln des Strafgesetzbuches gemäß verfolgen lassen.

**Frankreich.**

\* **Paris, 19. Apr.** Der „Temps“ hat einen hohen Begriff von der Stellung und der Aufgabe Frankreichs in dem gegenwärtigen Konflikt wie überhaupt zu jeder Zeit in Europa, und er ist deshalb der Ansicht, daß Frankreich dieses sein Ansehen zur Erhaltung des Friedens entschieden geltend machen soll.

Die Neutralität Frankreichs — wiederholt er heute — kömt: Hr. v. Bismarck nur ermutigen und wäre eine der preussischen Politik gewählte mittelbare aber ungenügende Stütze. Ueber die Stellung Frankreichs in Europa sind wir der im vorigen Jahrbuch vor Friedrich II. ausgedrückten Ansicht. Frankreich ist Schiedsrichter über Krieg und Frieden auf dem europäischen Festland. Wenn es den Plänen des Hr. v. Bismarck kein Veto entgegensetzt, so wird dieser ihm sehr verbunden dafür sein und seinen Plänen Folge geben. — Die Ränkungen in Italien kömten dem „Temps“ auch sehr bedenklich vor. Italien rüßt — sagt er — und was die öffentliche Meinung, auf die man so großes Gewicht legt, anbelangt, so braucht Hr. v. Bismarck keinen Beweis mehr dafür zu liefern, daß er sich darum nicht schert. Darin besteht eben seine Spezialität und sein Haupttalent. Unserer Ansicht nach dürfen die Freunde des Friedens nur noch auf zwei Dinge ihre Hoffnung setzen: auf das Veto Frankreichs und auf das Gemessen des Königs von Preußen.

Wie die „Gaz. de France“ erfährt, soll es bei der Diskussion des Armeefontentions im Gesetzegeb. Körper zu einer förmlichen Demonstration gegen die Politik des Hr. v. Bismarck kommen. Ein Mitglied der Majorität würde die darauf bezügliche Erklärung abgeben, und die ganze Kammer ihre Zustimmung zu derselben in unzwivendiger Weise an den Tag legen. — Die „France“ will wissen, daß bei der mexikanischen Gesandtschaft in Wien und beim Generalkonsul bereits 15,000 Personen mit Pensionen um freie Ueberfahrt und Ansiedelung eingekommen sind. — Die „Patrie“ erfährt über Neu-York aus Mexico, daß General Forey, Chef der belgischen Mission, am 24. März, von Mexico kommend, in Vera-Cruz eingetroffen war. Der General ist völlig wieder hergestellt. Man hatte ihm eine Eskorte von 10 Gendarmen mitgegeben. Der General wollte sich am 2. April nach Europa einschiffen. — Die „Patrie“ widerlegt die von der „Presse“ gegebene Nachricht, daß das Konfiskatorium der reformirten Kirche in Paris, falls der Kultusminister die Amtsentsetzung des Hrn. Martin-Paschand nicht bestätige, seine Demission geben werde, und daß Hr. Guizot in einer Audienz, die er neulich beim Kaiser hatte, diese Alternation nicht verhehlt habe. — Rente 67.50, Cred. mob. 606.25, ital. Anl. 54.45.

\* **Paris, 19. Apr.** Verhandlungen des Gesetzegeb. Körpers vom 18. und 19. April.

In der gestrigen Sitzung wurden Art. 2, 3 und 4 des Handels-schiffahrtsgesetzes angenommen. Art. 3 bestimmt, daß ein halbes Jahr nach Promulgation des Gesetzes vollkommen equipirte Segel- und Dampfschiffe gegen eine Abgabe von 2 Fr. per Tonne zur Nationalisierung (Francisation) zugelassen werden. Diefelbe Abgabe wird auch für hölzerne und eiserne Schiffsrumpfe bezahlt. Art. 4 schafft vom 1. Jan. 1867 an alle Lonnengelder für die in französischen Häfen einlaufenden fremden Schiffe ab. Die bis jetzt französischen wie auswärtigen Schiffen aufgelegten Lonnengelder, die als Garantie für die Zahlung der etwaigen Ausbesserungskosten dienen,

werden auch weiterhin erhoben. Durch Kaiserl. Decret kann zur Deckung ähnlicher Ausgaben ein Tonnengeld von höchstens 2 1/2 Fr. per Tonne, mit Inbegriff des Decime, den französischen und auswärtigen Schiffen auferlegt werden.

Die Debatten waren wiederum sehr lebhaft und in die Einzelheiten eingehend, und erhielten erst am Schluß der Sitzung durch eine Erklärung von Jules Favre einen gewissen politischen Charakter. Derselbe erklärte, obgleich er die Umarbeitung des Art. 4 durch die Kommission verlangte, daß er für das Gesetz im Allgemeinen stimmen werde. Die Prinzipien — sagte er — welche der Hr. Staatsminister in so bereicherter Weise verteidigt, sind auch die meinigen, weil ich sie als fruchtbringend und dem Wohlstand des Landes förderlich ansehe. Nur möchte ich, m. H., aus der gegenwärtigen Diskussion die uns Allen heilsame Lehre ziehen, daß die Gesetze, welche in allen ihren Einzelheiten geprüft werden, nicht allein für die Gesetzgebung, sondern auch für die Erziehung des Landes Früchte tragen; und dabei faßt ich die Hoffnung nicht unterdrücken, daß der Hr. Minister, der früher die Handelsfreiheit bekämpft hat, wie er sie jetzt verteidigt... (Ärm und Unruhe.) Meine Herren, ich bringe dies nicht als Anschulung vor; die Bestimmungen stehen im „Moniteur“; sie beweisen, daß, als wir damals für die Handelsfreiheit stimmten, der Hr. Minister anderer Ansicht war. Er hat diese nun heute gewechselt. Nichts ist gewiß statthafter, berechtigter, und wir erwarten den nämlichen Wechsel in Bezug auf die politische Freiheit. (Rufen auf mehreren Bänken; zustimmendes Gelächter in der Umgebung des Redners.)

**Pellegrin:** Das ist der Ideen-Freihandel.  
**J. Favre:** Die politische Freiheit kommt nach der Handelsfreiheit, die Sie mit Recht hochstellen; und ich hoffe, daß die Fackel, welche die Hand des Hrn. Staatsministers auf der national-ökonomischen Bahn aufgepflanzt hat, auch den Pfad erleuchtet wird, den er für die politische Freiheit früher oder später mit der öffentlichen Meinung betreten wird. (Sehr gut, sehr gut! in der Nähe des Redners. — Abstimmen.)

In der heutigen Sitzung wurde über Art. 5 verhandelt. Derselbe verfügt die Aufhebung der Uebertaxe auf auswärtigen Flaggen. Diese Aufhebung soll 3 Jahre nach Promulgation des Gesetzes eintreten. Es sprach Ansel dagegen, er verlangt eine Frist von 5 Jahren, Piccioni für den Kritik.

### Spanien.

**Madrid, 16. Apr.** Der Finanzminister ist krank. Die Kommission der Deputiertenkammer, welche mit Prüfung des Gesetzes bezüglich der neuen Bank beauftragt ist, hat den Beschluß gefaßt, nicht eher zusammenzutreten, als bis der Minister ihren Sitzungen beiwohnen kann.

### Schweden und Norwegen.

**Stockholm, 18. Apr.** (W. L. B.) Laut der amtlichen „Posttidning“ würde demnächst der Besuch des Kronprinzen von Preußen erwartet. Die Regierung hat die namhaftesten europäischen Nationalökonomien zu einer In-dustrieausstellung eingeladen.

### Levantepost.

**Konstantinopel, 18. Apr.** Ein Syndikat ist ernannt worden mit der Befugnis, die Anwendung der Fonds, die zur Auszahlung der Interessen und Fonds der Amortisirung der allgemeinen Schuld und der auswärtigen Anleihen bestimmt sind, zu überwachen. Dies Syndikat besteht aus 3 türkischen und 6 europäischen Banquiers. Die Ernennung dieses Syndikats berührt in keiner Weise die fremden Anleihen. Man wird Sorge tragen, die Stipulationen der Verträge in Betreff jeder dieser Anleihen unangetastet zu lassen, und die Einkünfte, welche jeder derselben speziell angewiesen sind, werden der kaiserl. ottomanischen Bank überliefert werden, damit diese die Dividenden verteilen könne. Die Enquête über das Budget geht rüstig vorwärts. Es ist der Wille der Regierung, daß diese Enquête mit der größten Aufrichtigkeit vorgenommen werde und daß sie auf die sichersten Angaben begründet sei. Das Resultat der Enquête, welches es auch sein möge, wird der Öffentlichkeit übergeben werden.

### Großbritannien.

**London, 18. Apr.** Der vierte Versuch, den „Northumberland“ stot zu machen, ist gelungen, und die gewaltige Eisenmasse liegt jetzt wohlgeordnet an ihren Ankerketten auf der Themse, nachdem wochenlang die peinliche Ungewißheit geherrscht hat, ob es überhaupt gelingen werde, sie von der Terra firma in's flüssige Element zu verpflanzen. Begünstigt vom hohen Stand der Fluth und vorwärts getrieben durch die gewaltigen hydraulischen Pressen, die mit einer Gesamtkraft von 3800 Tonnem operirten, setzte sich der riesige Kumpf nach drei Uhr in Bewegung und glitt von da an ohne zu zögern und ohne den geringsten Unfall unter unbeschreiblichem Jubelruf zahlreicher Menschenmassen hinab in den Fluß, wobei sich ein halb Duzend Schlepddampfer seiner bemächtigt, um ihn der früher ausermählten Ankerstätte zuzuführen. Von dort wird er wahrscheinlich am Samstag nach den Victoria-Docks abgeführt, um seine Maschinen und andere Ausrüstungsgegenstände an Bord zu nehmen.

**London, 20. Apr.** (Sch. M.) Auf eine Anfrage Berner's in der gestrigen Unterhaus-sitzung antwortete Unterstaatssekretär Layard: Laut des Wiener Vertrags hätten die Großmächte Preußen die damals annexirten Theile von Sachsen garantirt. England würde, wenn der Krieg ausbreche, seine Mitgaranten über den einzuschlagenden Weg befragen. Ferner erklärte Layard die vom Stuttgarter „Staatsanzeiger“ gebrachte Analyse einer angeblichen österreichischen Antworthote auf eine englische Note für gänzlich unwahr. — Die Debatte über die Reformbill wurde abermals vertagt. Die Abstimmung wird heute erwartet.

### Heberlandpost.

**Alexandria, 18. Apr.** Die Nachrichten von Bombay gehen bis zum 28. März. Die Stadt Kabul ist von Mahomed-Aziz Khan eingenommen worden.  
Der vatermörderische Sultan von Mascate hat darum nachgesucht, von der Regierung von Bombay anerkannt zu werden. Diefelbe hat sich geweigert.

Die Viehseuche herrscht im Königreich Birman.  
Die Empörung von Dhawulpool ist geendigt.

### Amerika.

**Neu-York, 7. Apr.** (per Moravian.) Der Senat hat die Civil Rights-Bill mit 33 gegen 15 Stimmen über des Präsidenten Veto hinaus angenommen. Die Debatte war sehr erregt und ein Senator erklärte, daß die Annahme der Bill den Krieg nach sich ziehen würde. In Washington hat eine Massenversammlung stattgefunden, die die Politik des Präsidenten entschieden gutheißt. — Der Ausschuss für die auswärtigen Angelegenheiten hat seinen Vorsitzenden angewiesen, die Resolution, eine Flotte nach den Fischereien zu senden, zu befürworten. Wie es heißt, wird die Resolution auch von Seward als Vorsichtsmaßregel gutgeheißen. — Dem Gerücht zufolge ist Doran Killian mit einer feindlichen Streitmacht von Neu-York abgegangen, um sich der Insel Campo Vello in der Fundy-Bai (zwischen Neu-Braunschweig und Maine) zu bemächtigen. Wahrscheinlich ist das Gerücht verbreitet worden, um die Inhaber von feindlichen Schiffscheinen, die über die Unthätigkeit von Mahony ungeduldig werden, zufrieden zu stellen. Ein ähnliches Gerücht von einer Expedition gegen die Bermudas verankert wohl demselben Zweck seine Entstehung. Die Ankunft von Stephens in Paris wird in einem Rundschreiben von Mahony verkündet. Stephens zeigt durch den Mund Mahony's den Feiern an, daß er die Organisation in Irland in der besten Verfassung verlassen habe. Durch wichtige Geschäfte nach Paris gerufen, habe er für die Zeit seiner Abwesenheit die Zügel der Regierung den tüchtigsten Händen anvertraut. Von Paris würde er auf eine kurze Frist nach Amerika kommen, um die gestörte Eintracht im Rath und Einheit der Aktion wiederherzustellen u. s. w. Zahlreiche Feiern sollen sich nach den canadischen Fischereien begeben haben, um den Versuch zu machen, einen Zusammenstoß zwischen den Canadiern und Amerikanern herbeizuführen.

### Baden.

**Karlsruhe, 20. Apr.** Die (alte) „Badische Landeszeitung“ bringt heute folgenden Ausruf:

„Karlsruhe, 19. Apr. Wohin ist mit der deutschen Politikal Baden gekommen ist, dafür liefert unsere heutige „Karlsruher Zeitung“ den unzweideutigsten Beweis mit folgender Bundestags-Korrespondenz: „Frankfurt a. M., 17. Apr. So weit bis jetzt verlautet, wird die Abstimmung über die geschäftliche Behandlung des preussischen Parlamentsantrags übermorgen in der gewöhnlichen Wochensitzung des Bundestags erfolgen. In unterrichteten Kreisen gilt es als gewiß, daß Verweigerung des Antrags an einen besondern Ausschuss beschieden werden wird, wenn auch eine oder die andere Regierung für Verweisung an den politischen Ausschuss (weniger glaubhaft an den holländischen) stimmen sollte. Uebrigens sollen einige Regierungen — man sagt sogar die Mehrheit — für den Standpunkt Oesterreichs gewonnen sein, welches, wie ganz bestimmt berichtet wird, erklären wollte: 1) daß in keine Verhandlungen eingezogen sei, bevor nicht die Richtigungen eingeleitet sind; 2) daß das Projekt erst vorliegen müsse und von einer Berufung des Parlaments erst nach vollständiger Einigung die Rede sein könne.“ Der Karlsruher Bundestags-Korrespondent unterläßt jede Andeutung, daß Baden gegen diese Verschleppungsversuche sei. Wie nimmt diese Theorie, uns mit dem Parlament auf den tauenjährigen Frieden zu verdrängen, zu den ganz unzweifelhaften Wünschen unserer Zweiten Kammer? Ist kein Roggenbrot da?“

Fürwahr, man traut bei dieser Insinuation keinen Augen kaum. Jeder Leser unseres Blattes weiß, daß wir seit vielen Jahren in Frankfurt einen Korrespondenten haben, der uns unter dem regelmäßig beibehaltenen Zeichen X Mittheilungen über Vorgänge beim Bundestag macht. Und jedem einigermaßen aufmerksamen Zeitungsleser ist bekannt, daß die gleichen Mittheilungen wörtlich gewöhnlich auch in einigen andern Blättern („Schwab. Merk.“, „National-Zg.“ u. s. w.) erscheinen, so daß die Schlussfolgerung nahe genug liegt, daß dieselben, wie es wirklich der Fall ist, den betr. Redaktionen im Ueberdruck (autographisch) zugehen. Und aus diesem Korrespondenten macht die „Bad. Landeszeitung“ einen „Karlsruher Bundestags-Korrespondent“, und auf diese unqualifizirbare Fiktion gründet sie ihre — wie sollen wir sagen — Anklage, Denunziation gegen die groß. Regierung! Und sie gründet dieselbe überdies auf ein bloßes, von unsrem Frankfurter X Korrespondenten erwähntes Gerücht über eine verschiebenartige Stellung der deutschen Regierungen zu der geschäftlichen Behandlung des preussischen Reformantrags, aus der sicherlich kein Mensch — er hätte denn die Privatlogik des Korrespondenten der „Bad. Landeszeitung“ — zu schließen im Stand war, auf welcher Seite gerade die groß. Regierung, von der nicht nah und nicht fern die Rede war, steht! Wir übergehen alles Weitere. Sapienti sat!

**S'Pforzheim, 19. Apr.** Vor kurzen wurden durch Hrn. Kreis-Schulrath Alt die Prüfungen der hiesigen höhern Mädterschule vorgenommen; dieselben lieferten auch in diesem Jahre recht schöne Resultate. Insbesondere sind davon auch die ungemein zahlreichen, schönen und geschmackvollen weiblichen Arbeiten aller Gattungen hervorzuheben. Als sehr zweckmäßige Ausbildung des Unterrichtsplans, die unsers Wissens noch an wenigen inländischen Mädterschulen besteht, führen wir an, daß an dem Fortbildungskurs, welcher von Mädchen besucht wird, welche die eigentliche Schule schon durchlaufen haben, ein Unterrichtskurs über gewerbliche Buchhaltung, verbunden mit kaufmännischer Korrespondenz, eingeführt ist. Auch wird freiwilligen Theilnehmerinnen Unterricht im Turnen erteilt. Die Anstalt, welche in ihrer Frequenz sehr rasch zunimmt, wurde im letzten Jahr von 195 Schülerinnen besucht.

**S'Pforzheim, 19. Apr.** Nach amtlicher Bekanntmachung ist hier ein wuthverdrächtiger Hund eingezangen und getödtet worden und wurden deshalb wieder erneute strenge Maßregeln, betr. die Ueberwachung der Hunde, angeordnet.

**Mannheim, 18. Apr.** (M. B. L. Ztg.) Auf ergangene Einladung des provisorischen Komitees fanden sich am 10. d. M. im Lokale des Hrn. Frauen-Krankenvereins 11 Rabbiner ein; alle übrigen hatten, unter Entschuldigun ihrer Abwesenheit, ihre Theilnahme mittelst Einbringung schriftlicher Anträge bekundet und um Offenhaltung des Protokolls nachgesucht; die Anwesenden konnten sich demnach als Versammlung der badischen Rabbiner konstituiren. Unter der

Leitung des Vorsitzenden, des Hrn. Stadtrabbiners Dr. Friedmann hier, wurde die von großh. Obrerrathe entworfene Kirchenverfassung einer eingehenden, gründlichen Prüfung unterzogen und haben die Beratungen hierüber zwei volle Tage, vom frühen Morgen bis zum späten Abend, in Anspruch genommen.

Die lebhaft geführte Diskussion und der freie Meinungsaustausch erzielten die Ausgleichung divergirender Ansichten, wie die Annäherung und Verständigung der Kollegen, und erwirkten in allen Hauptfragen Einstimmigkeit der Beschlüsse. Das vorherrschende Bestreben der Versammlung war insbesondere dahin gerichtet, die Autonomie der Gemeinden möglichst zu sichern und zu wahren. Zu diesem Behuf soll die endgiltige Feststellung der neuen Kirchenverfassung einer zu berufenden Synode, in welcher dem Rabbinerstande eine mäßige Vertretung gesichert sei, vorbehalten bleiben. Die Kirchenbehörde oder der Obrerrath soll aus der freien Wahl sämmtlicher Israeliten des Landes für die Dauer von je 6 Jahren geschaffen und in einem engeren und weitem Rath getheilt werden, wobei auf Kontrollirung der gesammten Thätigkeit des Obrerraths Bedacht genommen ist.

**Lahr, 17. Apr.** (Lahrer Wochenbl.) In den letzten Tagen sind zuverlässige Nachrichten über die Richtung, welche der frühere Stadtrichter Scholberer bei seiner Entweichung genommen, hieher gelangt. Ein hiesiger Einwohner erhielt einen Brief von einem Freund in Flint in Michigan (Vereinigte Staaten), in welchem folgende Stelle vorkam: „Ich hatte in Hamburg bei der Abreise das Vergnügen, mit einem Manne von Lahr, Namens Stulz, bekannt zu werden, der Dich sehr gut kennt. Wir machten die Reise auf der „Leutonia“ zusammen und schieden in New-York. Wie er sich ausdrückte, wollte er sehen, ob er hier Wein anbringen könne. Seine Familie hatte er drüben gelassen. Du kennst ihn also wohl und weißt darum.“ In Folge dieses Briefes ließ das Bürgermeisteramt das Verzeichniß der Passagiere der „Leutonia“ kommen, und es befindet sich darauf der Name G. W. Stulz von Lahr, auf welchen Namen Scholberer sich einen Paß verschafft hatte. Er hatte Lahr am 22. Nov. verlassen. Die „Leutonia“ ging am 25. Nov. von Hamburg ab.

### Vermischte Nachrichten.

In Pesth hat die kroatisch-ungarische Kommission, welche über das Verhältniß dieser beiden Länder zu berathen hat, beschlossen, sich der deutschen Sprache als Verhandlungssprache zu bedienen, da nur zwei Mitglieder der kroatischen Deputation etwas ungarisch verstehen, während von den Mitgliedern der ungarischen Deputation Niemand der kroatischen Sprache mächtig ist. Der Vorschlag, sich der lateinischen Sprache zu bedienen, mußte abgelehnt werden, weil diese, welche einst die parlamentarische und Amtssprache in Ungarn war, fast ganz verloren gegangen ist.

### Deutsche Auswanderung über Rotterdam.

Der amtliche Bericht über die Thätigkeit der in Folge Gesetzes vom 1. Juni 1861 errichteten Kommission des Nachweisungsbureau's für Auswanderer zu Rotterdam im Jahr 1865 gibt u. A. Folgendes an: Im Jahr 1865 wurden beim Bureau der Kommission 3983 Auswanderer eingeschrieben, welche dort die gewünschten Erklärungen empfangen und dadurch vor allen Betrügereien, denen sie früher so allgemein ausgegesetzt waren, geschützt wurden.

752 wurden direkt nach Amerika befördert, der Rest ging über London und Liverpool.

Die ergebnante Ziffer zeigt, daß die Zahl der Auswanderer, welche über Rotterdam ihre Reiseroute nimmt, jährlich im Zunehmen begriffen ist. Man erwartet nach dem Friedensschluß des amerikanischen Krieges eine noch größere Zahl im laufenden Jahr.

Die 752, welche auf Schiffen der Firma Wambert u. Sohn, unter Bremer und preussischer Flagge fahrend, befördert wurden, kamen alle in Amerika glücklich an, ohne daß Klagen erhoben worden sind. Eines dieser Schiffe mußte zu London einlaufen, die Passagiere wurden jedoch für Rechnung der Unternehmer mit einer andern Gelegenheit weiter befördert. Jeder Unternehmer von Auswanderertransporten hat nach dem obgenannten Gesetze Kaution zu leisten. Zu Lobeth und Jevenaar wurden mit gutem Erfolg Handkarten ausgegeben. Auch der Frankfurter Verein zum Schutz der Auswanderer hat sich derartiger Austheilung, sowie möglichster Bekanntmachung des Befehles eines Nachweisungsbureau's unterzogen.

Im letzten halben Jahr von 1865 kamen sehr viele Auswanderer mit der Rheinischen Eisenbahn nach Rotterdam, wo sie durch einen Beamten der Kommission empfangen wurden und ihnen Gelegenheit gegeben war, sich mit diesem über ihre weitere Reise u. s. w. eingehend zu verständigen. Die Kommission trachtet ihre Beamtenzahl zu vermehren und ihnen eine öffentliche Stellung zu verschaffen.

Durch die Verordnung vom 27. Nov. 1865 wurden in Betreff des Schiffsraumes und des Nahrungunterhaltes der Auswanderer alle Beschwerden, welche über eine weniger gute Beförderung der Auswanderer über die Niederlande erhoben waren, beseitigt, und der Transport wird dort jetzt ebenso begünstigt als in jedem andern Lande.

**Southampton, 19. Apr.** Das Post-Dampfschiff des Norddeutschen Lloyd „Bremer“, Kapitän Reynaber, welches am 7. Apr. von Neu-York abgegangen war, ist gestern, 10 Uhr Abends, nach einer Reise von 10 Tagen wohlbehalten unweit Cowes eingetroffen und hat um 1 Uhr Nachts die Reise nach Bremen fortgesetzt. Dasselbe bringt außer der neuesten Post 302 Passagiere, volle Ladung und für 160,000 Dollars Contanten in Silber.

Während der 4 ersten Tage der Reise hatte die „Bremer“ gegen heftigen conträren Wind und hohen Seegang zu kämpfen. Gestern Morgen 6 1/2 Uhr unweit Landend passirte sie das Dampfschiff „German“, Kapit. G. Wenke.

### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

19. April.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27° 10.53	+ 70	N.W.	schw. bew.	better, kühl
Mittags 2 "	" 9.60	+ 15.5	"	"	Sonnensch, warm
Nachts 9 "	" 9.13	+ 10.9	"	"	better, Nachts Gew. mit Regen

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 22. Apr. 2. Quartal. 48. Abonnementsvorstellung. **Oberon, König der Elfen;** Zenooper in 3 Akten, von R. M. v. Weber.

